

Think Tanks für die polnische Außenpolitik

Sus, Monika

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Sus, M. (2009). Think Tanks für die polnische Außenpolitik. *Polen-Analysen*, 60, 2-6. <https://doi.org/10.31205/PA.060.01>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Analyse

Think Tanks für die polnische Außenpolitik

Monika Sus, Breslau

Zusammenfassung

Die Analyse setzt sich mit der Tätigkeit der politikberatenden Institutionen, der sogenannten Think Tanks, auseinander, die auf dem Feld der polnischen Außenpolitik agieren. Nach einer Skizze der Entwicklung der »Denkfabriken« in Polen werden Strukturen, Arbeitsmethoden und Finanzierungsquellen ausgewählter Think Tanks charakterisiert und daraus Erkenntnisse über die polnische Beratungslandschaft gewonnen. Die Analyse schließen Vorschläge für eine Dynamisierung der außenpolitischen Beratungslandschaft ab.

Die folgende Analyse konzentriert sich auf eine besondere Art von Beratung, und zwar die wissenschaftliche Beratung durch Forschungsinstitute, sog. Think Tanks, auch als »Denkfabriken« oder »Ideenagenturen« bezeichnet. Der Terminus entstand Ende des Zweiten Weltkriegs in den USA und bedeutete ursprünglich einen abgesicherten Ort (*tank*), wo Experten über strategische Probleme diskutieren konnten (*think*). Zurzeit wird als Think Tank eine politikberatende Institution bezeichnet, die Einfluss auf den politischen Entscheidungsprozess nehmen will, sich auf wissenschaftliche Erkenntnisse stützt und in der Regel über einen eigenen Forschungsapparat verfügt.

Derzeit gibt es weltweit über 5.000 Beratungsinstitute, die sich primär mit Wirtschaftspolitik sowie mit außen- und sicherheitspolitischen Fragen beschäftigen. Mit über 1.770 befinden sich die meisten Think Tanks in den Vereinigten Staaten, wo die Praxis der Politikberatung ihre Wurzeln hat. In Europa sind die meisten dieser Institute in Großbritannien und Deutschland zu finden, jeweils über 200. Think Tanks sind ein Zeichen für die Professionalisierung der Politik

Polen und andere mittel- und osteuropäische Länder liegen weit hinten, was die Anzahl sowie das wissenschaftliche und das politische Interesse an den Think Tanks angeht, da dort die ersten bedeutenden Institute erst nach der Wende 1989 gegründet wurden. Zutreffend scheint die These des Politikwissenschaftlers Ivan Krastev zu sein: »In post-communist societies, a think tank is something everybody hears about but nobody studies; the most of the new policy research institutes are better known in Washington and Brussels than in their own countries.«

Angesichts dieser Lücke ist es das Ziel dieses Artikels, einen Einblick in die Beratungslandschaft der polnischen Außenpolitik zu liefern. Nach der Skizzierung der Entwicklung der polnischen Think Tanks wird die aktuelle Situation der Beratungsszene dargestellt. Es werden Arbeitsbereiche, Finanzierungsquellen sowie Metho-

den der wichtigsten Denkfabriken umrissen und dann die wesentlichen Probleme der Beratungslandschaft benannt. Abschließend werden Vorschläge formuliert, die zur weiteren Entwicklung der polnischen Beratungslandschaft beitragen können.

Geschichte der Think Tanks in Polen

Die ersten Vorläufer der heutigen polnischen Think Tanks entstanden vor dem Zweiten Weltkrieg. Seit 1926 arbeitete in Warschau das Ost-Institut (Instytut Wschodni), eine der ersten Einrichtungen weltweit, die sich mit der Sowjetunion beschäftigten. 1930 wurde an der Stefan Batory Universität in Wilna das Forschungsinstitut für Osteuropa (Instytut Europy Wschodniej) gegründet.

Nach dem Zweiten Weltkrieg bis zum Zusammenbruch des kommunistischen Regimes kann man kaum von einer unabhängigen Beratung sprechen, weil die Außenpolitik damals im Wesentlichen Fassade war. Trotzdem wurden in dieser Zeit zwei Forschungseinrichtungen gegründet, die bis heute in transformierter Form tätig sind. 1945 ist in Posen das West-Institut (Instytut Zachodni) und zwei Jahre später in Warschau das Polnische Institut für Internationale Angelegenheiten (Polski Instytut Spraw Międzynarodowych) entstanden. Beide Einrichtungen unterlagen klaren Grenzen, was ihre Forschungsschwerpunkte und Einflussnahme anbelangt, trotzdem kamen von ihnen wertvolle Beiträge zur Analyse der polnischen Außenpolitik.

Kurz vor der Wende 1989 wurde von dem amerikanischen Investmentbanker George Soros und einigen Oppositionellen der Solidarność-Bewegung die erste unabhängige Stiftung, die Stefan Batory Stiftung (Fundacja Stefana Batorego), ins Leben gerufen. Diese ist kein klassischer Think Tank, sie ermöglicht aber durch Zuschüsse die Arbeit von politikberatenden Instituten und erfüllt eine Netzwerkfunktion.

Das Jahr 1989 war nicht nur für die Entwicklung der polnischen Außenpolitik markant, sondern auch für

die Beratungsstrukturen und deren beginnende Ausdifferenzierung. Bis zum Jahr 2000 entstanden insgesamt zwölf neue außenpolitische Denkfabriken. Im Oktober 1989 rief das Präsidium des polnischen Parlaments das Zentrum für Internationale Studien (Ośrodek Studiów Międzynarodowych) ins Leben. Ein Jahr später entstand die Stiftung Polen in Europa (Fundacja Polska w Europie), die die Tradition des Gesprächskreises Polen in Europa (Polska w Europie) fortsetzte, der 1985 von Bronisław Geremek, Krzysztof Skubiszewski und Tadeusz Mazowiecki angeregt worden war. In dem selben Jahr wurde auch das Zentrum für Oststudien (Ośrodek Studiów Wschodnich) in Warschau gegründet – das erste Forschungsinstitut, das einen klaren Beratungsauftrag von der polnischen Regierung erhalten hatte. 1991 schloss sich in Lublin das Ostmitteleuropa-Institut (Instytut Europy Środkowo-Wschodniej) an, und es entstand die polnische Robert Schuman-Stiftung (Fundacja Roberta Schumana). Das Ziel der Stiftung war vorrangig, die polnische Gesellschaft auf die Mitgliedschaft in der EU vorzubereiten. 1993 wurden das Europäische Zentrum Natolin (Centrum Europejskie Natolin) und das Institut für Strategische Studien (Instytut Studiów Strategicznych) mit Sitz in Krakau gegründet. Im Jahre 1994 entstand in Warschau die Euroatlantische Gesellschaft (Stowarzyszenie Euroatlantyckie), die sich zum Ziel setzte, den polnischen Beitritt zur NATO zu fördern und die Sicherheitspolitik zu unterstützen. Ein Jahr später wurde das Institut für Öffentliche Angelegenheiten (Instytut Spraw Publicznych) gegründet. Sein Forschungsprofil umfasst außenpolitische Fragen, die Sozialpolitik, Entwicklungspolitik und Migration sowie weitere gesellschaftliche Themen. 1995 wurde durch Janusz Reiter, 1990–1995 polnischer Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland, das Zentrum für Internationale Beziehungen (Centrum Stosunków Międzynarodowych) initiiert. 1996 wurde auf Beschluss des Sejm das oben genannte Polnische Institut für Internationale Angelegenheiten wiederbelebt, was im Jahr 1993 aufgrund finanzieller Probleme seine Tätigkeit eingestellt hatte. Die intensive Entwicklungsphase der Beratungslandschaft, die zwischen 1989 und 2000 festzustellen ist, schloss die Entstehung des Deutschland- und Nord-europa-Instituts (Instytut Niemiec i Europy Północnej) in Stettin ab.

Zwischen 2000 und 2004 entstand kein bedeutendes außenpolitisches Forschungsinstitut. Erst 2004 wurde in Warschau das Sobieski Institut (Instytut Sobieskiego) gegründet, das eine Vielfalt von Themen wie Wirtschaft, Steuerpolitik, moderne Technologien, Energiefragen sowie Außenpolitik bearbeitet. Im Sommer 2006

hat Paweł Świeboda, ehemaliger Mitarbeiter im Außenministerium und Berater des Präsidenten Aleksander Kwaśniewski, demosEUROPA – Zentrum für Europäische Strategie (demosEUROPA – Centrum Strategii Europejskiej) ins Leben gerufen. Es ist der erste polnische Think Tank, der sich ausschließlich mit den strategischen Fragen der Europäischen Union beschäftigt.

Die Beratungslandschaft heute

Diese Liste von polnischen Think Tanks mag den Eindruck einer vielfältigen und blühenden Beratungslandschaft vermitteln. In der Realität ist aber ein Großteil der genannten Institute kaum bis gar nicht aktiv, existiert nicht mehr oder verlor seinen Beratungscharakter und beschäftigt sich ausschließlich mit Forschung. Deswegen kann man zurzeit nur von sechs aktiven außenpolitischen Think Tanks sprechen, die im Folgenden skizziert werden:

- staatlich finanzierte Institute – das Polnische Institut für Internationale Angelegenheiten, das Zentrum für Oststudien und das Europäische Zentrum Natolin;
- durch Stiftungsgelder, Zuschüsse und Spenden finanzierte Einrichtungen – Zentrum für Internationale Beziehungen, Institut für Öffentliche Angelegenheiten und demosEUROPA – Zentrum für Europäische Strategie.

Das Polnische Institut für Internationale Angelegenheiten ist der größte staatlich finanzierte Think Tank in Polen. Auch nach der Wiederaufnahme seiner Tätigkeit blieb es Teil der staatlichen Administration unter der Aufsicht des Außenministeriums und des Ministerpräsidenten. Seine Aktivitäten, die in einem Gesetz vom 20. Dezember 1996 festgelegt wurden, reichen von wissenschaftlichen Recherchen zu internationalen Beziehungen und dem Verfassen von Analysen und Prognosen über Schulungen von Mitarbeitern im Auswärtigen Dienst und der Information der Bevölkerung über aktuelle außenpolitische Angelegenheiten bis zum Sammeln von relevanter Literatur und der Herausgabe von Publikationen. Der Umfang der Aufgaben würde eine entsprechende Mitarbeiterzahl verlangen, die jedoch relativ gering ist. Insgesamt beschäftigt das Institut 80 Mitarbeiter, von denen aber nur 30 wissenschaftliche Experten sind. Die meisten Mitarbeiter erfüllen eher organisatorische Aufgaben, redigieren und veröffentlichen insgesamt acht Zeitschriften und ca. 20 Bücher jährlich, organisieren zahlreiche öffentliche Konferenzen und Vorträge sowie das seit 2001 jährlich stattfindende »Forum der Außenpolitik«, wo Entscheidungsträger strategische Probleme der polnischen Außenpolitik diskutieren. Die

wissenschaftlichen Experten stellen ihre Forschungsergebnisse vor allem in kurzen Bulletins vor und erstellen vertrauliche Expertisen für die Ministerien, deren Zahl jedoch gering bleibt – 2008 wurden 19 solcher Analysen verfasst. Der Gesamtetat des Instituts belief sich in den letzten zwei Jahren auf jeweils neun Millionen Zloty.

Das Zentrum für Oststudien beschäftigt sich vor allem mit der Analyse des aktuellen politischen Geschehens in Russland, im Südkaukasus, in Mittel- und Osteuropa und auf dem Balkan sowie mit der polnischen Außenpolitik gegenüber diesen Regionen. Unlängst wurde auch eine Deutschlandabteilung eingerichtet. Anders als im Polnischen Institut für Internationale Angelegenheiten bleibt der Großteil der Arbeit des Zentrums im vertraulichen Rahmen – seine insgesamt 54 Experten konzentrieren sich vor allem auf die Beratung hinter verschlossenen Türen. Auf der Grundlage wissenschaftlich fundierter und umfassender Recherchen werden Ideen und Szenarien entwickelt, die Politikern helfen sollen, außenpolitische Entscheidungen zu treffen. Das Zentrum ist in der Öffentlichkeit weniger bekannt, wird aber von der Politik geschätzt und als professionell, unabhängig und solide beurteilt. Die Finanzierung seiner Tätigkeit in Höhe von jährlich sechs Millionen Zloty erfolgt durch das Wirtschaftsministerium.

Für das Europäische Zentrum Natolin ist die Beratungstätigkeit eine von mehreren Aufgaben, u. a. neben der Entwicklung des Europakollegs. Die analytische und beratende Tätigkeit des Zentrums wird von acht Experten betrieben, die sich mit der Geschichte Europas, den Institutionen und der Politik der EU, mit Fragen der Sicherheit im 21. Jahrhundert sowie mit der europäischen Nachbarschaftspolitik beschäftigen. Das Zentrum arbeitet eng mit dem polnischen Außenministerium und dem Büro des Komitees für Europäische Integration zusammen, die auch einen großen Teil der Projekte des Zentrums finanzieren. Das Europäische Zentrum wird insbesondere mit dem bekannten Experten Marek Cichocki assoziiert, der 2007 der offizielle Beauftragte des polnischen Präsidenten (Sherpa) für die Verhandlungen mit der deutschen Ratspräsidentschaft über die Berliner Erklärung und den EU-Verfassungsvertrag war.

Unter den privat finanzierten Einrichtungen ist das Zentrum für Internationale Beziehungen eine der am meisten beachteten Denkfabriken. Am Anfang seiner Tätigkeit war es Teil des Instituts für Öffentliche Angelegenheiten und wurde 1998 dank der finanziellen Unterstützung der Stefan Batory Stiftung als separate Nichtregierungsorganisation registriert. Das Zentrum führt seine Recherche in sechs Programmen – Europa, internationale Sicherheit, Migrationen und innere Sicherheit,

Menschenrechte, Klima und Energie und dem »Ostprogramm« – durch. Insgesamt arbeiten dort 16 festgestellte Analytiker, was sich angesichts des breiten Themenspektrums als nicht ausreichend erweist. Deswegen stützt sich das Zentrum auf die Kompetenzen externer Wissenschaftler und ehemaliger Diplomaten und erweitert dadurch seine Expertise. Die Einrichtung setzt vor allem öffentlich wirksame Methoden wie Konferenzen und Vorträge sowie Veröffentlichungen von Berichten und Büchern ein. Seltener bietet das Zentrum Angebote für einen geschlossenen Kreis von Entscheidungsträgern an. Finanziert wird es zu ca. 85 % von ausländischen – vor allem amerikanischen und deutschen – Stiftungen und Trägern; die restlichen 15 % werden aus staatlichen und privaten Geldern aus Polen bestritten.

Für das Institut für Öffentliche Angelegenheiten sind außenpolitische Fragen einer von mehreren Forschungsbereichen und in zwei Programmen angesiedelt, dem Europäischen Programm und dem Programm für Migrationen und Ostpolitik. Trotz der begrenzten Zahl von Experten – mit europäischen Themen beschäftigen sich vier und mit der Migrationsproblematik fünf Mitarbeiter – realisiert das Institut dank der Zusammenarbeit mit anderen, auch ausländischen Think Tanks und Universitäten viele einflussreiche Projekte. Beispielsweise laufen derzeit verschiedene Initiativen, die die Vorbereitungen der polnischen EU-Ratspräsidentschaft 2011 unterstützen sollen: Zurzeit wird eine Expertise verfasst, die sich mit den Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen der Administration und dem Dritten Sektor im Bereich der öffentlichen Debatte über die polnische Ratspräsidentschaft beschäftigt.

Im Gegensatz zu den zwei letztgenannten Think Tanks fokussiert das jüngste polnische Beratungsinstitut, demosEUROPA – Zentrum für Europäische Strategie, auf die Europäische Union und die vor ihr stehenden Herausforderungen. Im Rahmen von drei Programmen – Institutionelle Reform der EU, Strategie des Wachstums und die EU in der globalen Ordnung – arbeiten insgesamt fünf festangestellte Experten und fünf weitere Berater. Die Forschungsergebnisse werden sowohl schriftlich als Kommentare als auch in Form von Präsentationen auf Konferenzen und in den Medien bekannt gegeben. Die langjährige Erfahrung von Paweł Świeboda, dem Vorstandsvorsitzenden des Zentrums, in der Politik und zahlreiche Kontakte zu Entscheidungsträgern nicht nur in Polen, sondern auch europaweit, ermöglichen dem Zentrum, prominente Referenten für seine Veranstaltungen zu gewinnen. Darüber hinaus ist Świeboda der einzige Vertreter der polnischen Beratungslandschaft, der Mitglied in der internationalen

Expertengruppe zur Gestaltung des Programms der polnischen EU-Ratspräsidentschaft ist.

Geringe Nachfrage, schwaches Angebot?

Diese skizzenhafte Darstellung der wichtigsten Think Tanks, die sich mit außenpolitischen Fragen beschäftigen, weist auf das begrenzte Angebot der polnischen Beratungslandschaft hin. Nur eins der sechs beschriebenen Institute, das Zentrum für Oststudien, beschäftigt eine angemessene Zahl von Experten, die nötig ist, um fundierte Analysen der polnischen Außenpolitik zu gewährleisten. Alle anderen Denkfabriken können aufgrund ihrer geringen Zahl von Spezialisten nur zu ausgewählten Themen recherchieren. Gleichzeitig aber fehlt es an Think Tanks, die sich mit spezielleren Forschungsbereichen wie zum Beispiel mit dem transatlantischen Verhältnis, dem Klimawandel oder sicherheitspolitischen Herausforderungen intensiver beschäftigen und eine fundierte Expertise liefern könnten. Beachtenswert ist darüber hinaus, dass alle relevanten Think Tanks ihren Sitz in Warschau haben. Wegen der Möglichkeit, direkten Zugang zu den Entscheidungsträgern zu haben, ist dies zum Teil verständlich. Gleichzeitig begrenzt die Konzentration aller Think Tanks in der Hauptstadt eine ihrer wesentlichen Funktionen – die Initiierung und Unterstützung der öffentlichen Debatte, was dazu führt, dass sie in der Gesellschaft wenig bekannt sind.

Wo liegen die wesentlichen Probleme der polnischen Beratungslandschaft? Die Mitarbeiter der Think Tanks klagen vor allem über eine sehr geringe Nachfrage nach Beratung seitens der Politik. Dies gilt als Grund dafür, warum die meisten Beratungsinstitute in Polen ihre Aufmerksamkeit der Gesellschaft als Zielgruppe ihrer Tätigkeit schenken und nicht den Entscheidungsträgern. Wie den skizzierten Arbeitsprofilen der Think Tanks zu entnehmen ist, setzen die meisten öffentlichkeitswirksamen Methoden wie Konferenzen, Seminare, Diskussionen oder Publikationen ein und versuchen, über die Öffentlichkeit Einfluss auf die Politik zu nehmen. Diese Tendenz ist insofern gefährlich, als manche Think Tanks allmählich Event-Agenturen zu ähneln beginnen und auf kontinuierliches und fundiertes Forschen verzichten, ohne das aber qualitativ gute Beratung nicht möglich ist. Die privat finanzierten Think Tanks haben ein zusätzliches Problem – sie sind finanziell oft komplett von ausländischen Stiftungen abhängig, die eine projektabhängige Förderung bieten. Die Folge dessen ist eine thematische Abhängigkeit – die Think Tanks beschäftigen sich mit Themen, die gerade von den Stiftungen gefördert werden. Das begrenzt wiederum die Möglich-

keit, auf aktuelle außenpolitischen Ereignisse zu reagieren, was aber auch zu den Aufgaben eines Think Tank gehört. Darüber hinaus können die privat finanzierten Denkfabriken den Experten keine langfristige Anstellung anbieten, da die Mitarbeiterstellen oft auch projektabhängig sind. Deswegen stellen sie oft Studenten oder junge Absolventen an, die noch keine Beratungserfahrung haben und den politischen Prozess nicht kennen. Dies spiegelt sich in der Qualität ihrer Expertise wider, die von den Entscheidungsträgern oft als gering bezeichnet wird. Und hier schließt sich der Kreis: Die Politiker behaupten, dass das Angebot der Think Tanks nicht ihren Bedürfnissen entspricht und deswegen sei ihre Nachfrage so gering.

Vorschläge zur weiteren Entwicklung der Beratungslandschaft

Angesichts der oben genannten Schwierigkeiten darf nicht vergessen werden, dass die polnische Beratungslandschaft im Vergleich zu westeuropäischen Ländern noch in den Anfängen steckt. Die Anzahl der Think Tanks ist gering, ihre Kontakte zur Politik begrenzt und trotzdem zeigen einige Beratungsakteure und ihre Arbeitsmethoden ein großes Entwicklungspotenzial. Um das Potenzial zu nutzen und den Aufschwung der Beratungslandschaft zu dynamisieren, wären folgende Maßnahmen zu überlegen.

An erster Stelle sollte das Bewusstsein der Politiker für die Möglichkeiten und Vorteile der Beratung gestärkt werden. Hier wären Initiativen wünschenswert, die Entscheidungsträger und Experten zusammenbrächten. Ein gelungenes Beispiel dafür ist die »Polnisch-Russische Gruppe für schwierige Angelegenheiten«, die zwar eine eher historische Ausrichtung hat, aber trotzdem als Illustration für die Zusammenarbeit von Experten und Politiker dienen kann. Durchaus denkbar wäre die Entstehung mehrerer solcher Beratungsgremien zu aktuellen Herausforderungen der polnischen Außenpolitik. Sehr empfehlenswert wäre auch die Umsetzung der Idee der Regierungspartei *Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO)*, nach der die Parteien einen bestimmten Teil ihrer staatlichen Finanzierung für einen Expertenfonds ausgeben sollen. Dies könnte langfristig zur Entstehung von parteinahen Think Tanks führen, die es in Polen bisher nicht gibt. Notwendig wäre darüber hinaus eine bessere Verteilung der staatlichen Gelder, die für die außenpolitische Beratung ausgegeben werden. Im ersten Schritt wäre eine regelmäßige Evaluation der Arbeit von staatlich finanzierten Think Tanks einzuführen, die bisher nicht stattgefunden hat. Als nächstes würde sich empfehlen, ein langfristiges Modell der Unterstüt-



zung der privat finanzierten Beratungseinrichtungen zu entwickeln. Angebracht wäre hier eine Lösung, die die Grundfinanzierung sichern und dadurch eine bessere Ausgangslage für die Akquise der Projektgelder ermöglichen würde.

Parallel zu den Maßnahmen, die von der Politik einzuführen wären, gibt es auch Schritte, die von den polnischen Think Tanks unternommen werden können, um die Dynamik der Beratungslandschaft zu erhöhen. Angesichts der finanziellen Probleme vieler Think Tanks und der begrenzten Anzahl von gut qualifizierten Experten wäre eine Einengung des Forschungsfeldes zu überlegen. Ein gelungenes Beispiel dafür, dass man durch Konzentration auf bestimmte Themen eine höhere Qualität der Beratung und damit auch größeren Einfluss auf die Entscheidungsträger erreichen kann, ist demosEUROPA oder das Zentrum für Oststudien. Die polnische Beratungslandschaft bietet noch viele Forschungsnischen, die von innovativen Think Tanks besetzt werden können.

Darüber hinaus wäre eine bessere Anpassung der Beratungsmethoden an die jeweiligen Adressaten zu erwägen. Die große Mehrheit der polnischen Think Tanks nutzt vor allem klassische Methoden der Wissensvermittlung wie schriftliche Analysen, Seminare, Konferenzen und Vorträge, ohne zu überlegen, inwiefern die Methode den Bedürfnissen der jeweiligen Zielgruppe entspricht. Notwendig wäre also eine Abfrage der Erwartungen der jeweiligen Abnehmer und die Entwicklung entsprechender Methoden und Kommunikationsstrategien.

Abschließend bleibt zu unterstreichen, dass die wichtigste Voraussetzung für die weitere Entwicklung der Beratungslandschaft der Dialog zwischen den Entscheidungsträgern und der Wissenschaft ist. Im Rahmen der Vorbereitungen für die polnische EU-Ratspräsidentschaft sind zwar Vorzeichen des Zusammenkommens der beiden Gruppen zu beobachten, aber der Prozess sollte intensiviert werden und in allen Feldern der Außenpolitik stattfinden.

Über die Autorin

Dr. Monika Sus arbeitet am Willy Brandt Zentrum für Deutschland- und Europastudien an der Universität Breslau. Sie hat im Juni 2009 ihre Doktorarbeit »Beratung in der Außenpolitik von Deutschland und Polen. Zwischen Wissenschaft und Politik« verteidigt. Ein weiterer Forschungsschwerpunkt sind die Vorbereitungen für die polnische EU-Ratspräsidentschaft mit Blick auf die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union.

Tabellen und Grafiken

Informationen und Statistiken zu polnischen Think Tanks

Außenpolitische Think Tanks und Forschungsinstitute, die staatlich finanziert werden (Stand: Oktober 2009)

	Name	Ort	Gründungsjahr
1.	Westinstitut (Instytut Zachodni)	Posen	1947
2.	Zentrum für Oststudien (Ośrodek Studiów Wschodnich)	Warschau	1990
3.	Ostmitteleuropa-Institut (Instytut Europy Środkowo-Wschodniej)	Lublin	1991
4.	Europäisches Zentrum Natolin (Centrum Europejskie Natolin)	Natolin bei Warschau	1993
5.	Polnisches Institut für Internationale Angelegenheiten (Polski Instytut Spraw Międzynarodowych)	Warschau	1996 (1947)

Quelle: Darstellung der Autorin anhand der Internetseiten der jeweiligen Institute